■ STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM

Baskische Rückenschmerzen oder: Die »Ethnisierung« des Alltags.

Warum leiden so viele Menschen im Baskenland an Rückenschmerzen? Weil sie sich mehrmals täglich bücken müssen, um nachzusehen, ob unter ihrem Auto eine Bombe klebt. Solche und ähnlich makabre Bemerkungen durchziehen ein bitteres Buch, das vor einem Jahr in Spanien für Furore sorgte und das bis heute nichts an Aktualität verloren hat: »Ausnahmezustand. Das Leben mit der Angst im Baskenland «¹ hat der Bilbainer Publizist und Poet Iñaki Ezkerra seine Streitschrift genannt, in der sich politische Anklage und Aufrüttelung mischen mit scharfsinnigen Beobachtungen aus dem Alltag einer europäischen Region, die hierzulande lediglich als Kurzmeldung in den Medien auftaucht.

Seltsame Figuren bevölkern dieses Buch: Der achtzigjährige Dichter, der zur Vermeidung der gefährdenden Routine sein Brot jeden Morgen in einem anderen Dorf kaufen fährt und so ein privates Bäckerei-Ranking erstellt; die Putzfrau, die bei ihrer Arbeit im Krankenhaus von zwei bodyguards bewacht wird; der Vater, der morgens mit seinem kleinen Sohn erst einmal das »Kätzchen« unterm Auto sucht, bevor er ihn in den Kindergarten bringt; oder der Handelsvertreter, dessen Verkaufszahlen enorm angestiegen sind, seitdem bei seinen Hausbesuchen hinter ihm immer zwei grimmige Leibwächter stehen. Die Protagonisten dieser und anderer surrealistischer Szenen und ihr Chronist haben eins gemeinsam: Sie outeten sich durch öffentliches oder politisches Engagement als Gegner des nationalistischen mainstream, als Gegner eines ethnisch-ideologisch begründeten »baskischen Vaterlands« und seiner von allen nationalistischen Parteien angestrebten Unabhängigkeit. Um ihrer Opposition eine positive, mediengerechte sprachliche Wendung zu geben, nennen sie sich seit einiger Zeit »constitutionalistas«, Verfassungsanhänger. Von ihren Feinden werden sie von jeher als »españolistas« oder »maketos« verunglimpft, dem alten baskischen Schimpfwort für Fremde.

Dies stammt zwar aus dem 19. Jahrhundert, geändert hat sich bis heute jedoch lediglich seine Definition, nicht aber die Funktion: Im ideologischen Konglomerat des sich entwickelnden baskischen Nationalismus wurden all jene als »Fremde« bezeichnet, die »rassisch« gesehen keine Basken waren. Dies wiederum definierte sich über den väterlichen und mütterlichen Nachnamen, was schon damals die Frage aufwarf, wie mit »Mischehen« und mit denjenigen umzugehen sei, die »gemischte« Nachnamen trugen.² Heute dagegen ist man großzügiger –zumal die »Mischungen«

75

¹ Iñaki Ezkerra: Estado de Excepción. Vivir con miedo en Euskadi, Barcelona 2001.

Vgl. zur Entstehung des baskischen Nationalismus Javier Corcuera Atienza: La patria de los vascos. Orígines, ideología y organización del nacionalismo vasco (1876-1903), Madrid 2001, zum inhärenten Rassismus dort S. 48-50 und S. 422-431.

nicht mehr in den Griff zu bekommen wären – und bezeichnet als »maketos« und »españolistas« all jene, die sich selbst nicht zur baskischen Nation als politischem Projekt bekennen wollen, d.h. konkret, die keine der nationalistischen Parteien wählen und sich somit – aus Sicht der Nationalisten – quasi selbst ausschließen. Im Unterschied zum 19. Jahrhundert jedoch kann dieser Ausschluss heute tödlich sein, wie die lange Liste der Attentate belegt, mit der die ETA die Gegner des Nationalismus im Baskenland verfolgt.

ETA – waren das nicht die Helden des antifaschistischen Widerstands gegen Franco, deren Aktivitäten man später, nun ja, nicht billigte, aber angesichts der auch im demokratischen Spanien weiterhin bestehenden Repression doch »irgendwie verstehen konnte«? Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Linie vom Rassismus eines Sabino de Arana, des Gründervaters des baskischen Nationalismus, hin zum heutigen »Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes« als weniger gewunden, als sich zunächst vermuten lässt.

Der baskische Nationalismus entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als keineswegs besonders originelle Antwort auf die soziale und politische Krise der nördlichen Provinzen nach den verlorenen Karlistenkriegen und der nun einsetzenden Industrialisierung mit ihrer massiven Einwanderung aus anderen Regionen Spaniens. Er war, kurz gesagt, die baskische Reaktion auf die Moderne, die das Heil in der »Wiederherstellung« einer in die Vergangenheit projizierten Idylle eines »freien Baskenlands« suchte, das katholisch und ländlich-kleinbürgerlich, antiliberal und antiurban zu sein hatte. Während des Bürgerkriegs fanden sich die von der Republik im Oktober 1936 mit weitgehenden Autonomierechten ausgestatteten baskischen Provinzen notgedrungen auf Seiten der Franco-Gegner wieder, mit denen sie politisch im Grunde außer der Verteidigung eben dieser Autonomie wenig verband. So ist es kein Zufall, dass der Bürgerkrieg heute in baskischen Schulen nicht als Putsch der alten Eliten gegen die Republik, sondern als Angriff auf das (fast freie) Euskadi dargestellt wird. Nach dem Krieg litt das Land unter der Rache der Sieger, zudem wurden die regionalen Freiheitsbestrebungen der Basken, aber auch der Katalanen brutal unterdrückt, jegliche kulturelle Eigenständigkeit negiert und beide Regionen politisch und infrastrukturell systematisch diskriminiert. Mitte der fünfziger Jahre dann hatte sich der baskische Nationalismus von der ersten Repressionswelle erholt und begann sich, vor allem unter dem Schutz der katholischen Kirche, neu zu formieren. Die 1959 gegründete Untergrundbewegung ETA (Euskadi ta Askatasuna = Baskenland und Freiheit) verstand sich - auch dies war zeitgemäß als nationalrevolutionäre und sozialistische Volksbewegung, wobei diese beiden Flügel immer wieder in z.T. nur durch Abspaltung zu lösende Konflikte gerieten.3 Nach außen hin vertrat die ETA das Konzept der Stadtguerilla und ging Ende der sechziger Jahre zu selektivem Terror gegen besonders verhasste Vertreter des Franco-Regimes über. Dies - hier sei vor allem an den Mord an Francos designiertem Stellvertreter Carrero Blanco im Dezember 1974 erinnert - brachte der ETA nicht nur das höchste Prestige als radikalste Fraktion des antifranquistischen Widerstands ein, sondern ihren Anhängern und dem ganzen Baskenland auch die verschärfte Repression der in ihren letzten Zügen liegenden Diktatur. Die bekannte Spirale der Ge-

³ Vgl. zur Geschichte der ETA und ihren internen Konflikten vor allem in den siebziger Jahren: José Maria Garmendia: Historia de ETA, San Sebastian 1996.

walt war geboren: die Unterdrückung schuf Märtyrer und neuen Zulauf für die ETA, die das Spektrum ihrer Attentatsziele mit der Zeit immer weiter ausdehnte und ihren Einfluss durch die Erpressung einer Revolutionssteuer (bei Androhung von Entführung und Mord) auf Teile auch der baskischen Bevölkerung ausdehnte, was wiederum zu einer Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen führte usw. An diesem Kreislauf änderte sich nach dem paktierten Übergang zur Demokratie nur wenig, zumal die spanische Verfassung im Baskenland von weniger als einem Drittel der Wahlberechtigten angenommen wurde - die nationalistischen Parteien hatten für Wahlenthaltung plädiert. Die autonomistische Mehrheit schien das Fortbestehen der ETA in einem demokratischen Staat zu legitimieren, der aus baskisch-nationaler Sicht lediglich als weichgespülte Fortsetzung spanisch-zentralistischer Machtbestrebungen galt und gilt. Die personelle und »methodische« Kontinuität im Polizeiapparat - bis in die achtziger Jahre hinein wurde im Baskenland gefoltert - und, vielleicht noch desaströser, die Aktivitäten eines staatlich finanzierten Gegenterrors unter der sozialistischen Regierung bestärkten diesen Eindruck. Dennoch, bei allem nationalen Verständnis für die radikalen » Jungs« (und Mädchen) schienen deren immer wahllosere und blutigere Attentate mit der Zeit immer weniger gerechtfertigt, zumal die autonomen Rechte für das Baskenland seit dem Statut von Gernika 1981 systematisch ausgebaut wurden: Eine weitgehende Finanzhoheit, eine eigene Polizei, ein eigenes Schul- und Justizsystem und nicht zuletzt ein eigener Fernsehsender haben in den letzten 20 Jahren dazu beigetragen, dass das große Projekt der Schaffung eines baskischen Nationalstaates weit vorangeschritten ist. Die baskische Sprache wurde wiederbelebt, ihre Kenntnis ist Voraussetzung für die meisten staatlichen Arbeitsplätze, und in den Schulen wird eine baskische Nationalgeschichte gelehrt, die sich bruch- und kritiklos auf die Mythen und Konzepte des 19. Jahrhunderts bezieht.4

All dies geschieht jedoch um den Preis der Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, die die kulturellen und politischen Konsequenzen der nationalistischen Hegemonie nicht mittragen will. Und die Folgen dieser Ausgrenzung sind hier deshalb so dramatisch, weil es eben nicht nur um Arbeitsplätze und Schulunterricht geht, sondern um täglich ausgeübte Gewalt und Bedrohung in einem sehr kleinen Land. Seit den frühen neunziger Jahren – vielleicht im Zusammenhang mit der Verhaftung der ETA-Führung des vorangegangenen Jahrzehnts⁵ – existiert neben den »üblichen« Attentaten eine neue, »light«-Version des Terrors, der »kale borroka« oder Straßenkampf der Jugendorganisationen des »politischen Arms« der ETA, der sich vor allem an Wochenenden in den Großstädten austobt: Brandbomben auf französische und spanische Institutionen oder Geschäfte, aber auch auf Busse und Telefonzellen sowie auf Einrichtungen des politischen Gegners gehören zum Alltag und haben zu jenem Schweigen, jener Einschüchterung geführt, gegen die Ezkerra in seinem Buch anschreibt.

Seine Anklage richtet sich jedoch nicht in erster Linie gegen die Gewalt, sondern gegen deren soziale Akzeptanz in weiten Kreisen des baskischen Nationalismus. Die

77

⁴ Vgl. dazu neben Corcuera und der dort angegebenen Literatur für die spätere Zeit Walther L. Bernecker: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1988, S.163-173, 236-250; und die knappe, aber meinungsfreudige Darstellung von Gabriel Jackson: Por qué matan, in: El País, 25.1.2000; sowie die Artikel von Antonio Muñoz Molina: Im Schatten des Terrors, Tagesspiegel, 3.4.2001; und Fernando Vallespín: Warum sie weitermorden, in: Die Zeit, 10.1.2002.

⁵ Vgl. die ausführliche Analyse in: El País, 5.4.1992.

bürgerlich-nationalistische Partei des Baskenlandes (PNV), die seit 1980 in unterschiedlichen Koalitionen die Regierung stellt, hat nicht nur politisch indirekt vom Druck des Terrors profitiert, sondern sie teilt auch dessen langfristiges Ziel eines unabhängigen Baskenlands (wenngleich man hier bewusst auf Distanz zu den Radikalen geht und von »Selbstbestimmung des baskischen Volkes« spricht). Und dies um so mehr, seit sich die ETA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion endgültig ihrer sozialrevolutionären Anteile entledigt zu haben scheint und nun, zeitgeistgemäß - »wie die Letten und Slowenen« - nur noch für die »Freiheit« des Vaterlands kämpft. Ideologische Nähe und politische Taktik sind für die ambivalente Haltung der baskischen Nationalisten verantwortlich, mit der sie beispielsweise die Attentate verurteilen, sie aber jedes Mal als Ergebnis eines tragischen Konflikts – und nicht etwa als kriminellen Akt – darstellen, für den endlich eine politische Lösung – nämlich die nationale Selbstbestimmung – gefunden werden muss, und dies auf dem Weg des Dialogs aller »Parteien«, also auch der bewaffneten ETA. Eine mediengerechte Sprache (Verständigung, Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit, Frieden, Dialog, Freiheit und, seit neuestem: ziviler Ungehorsam) überdeckt dabei nicht nur den zumindest potentiell gewalttätigen Alltag all derer, die sich dem nationalen Projekt verweigern, sondern auch dessen zutiefst antiliberale und exkludierende Struktur. Wenn man, wie seit ein paar Monaten, z.B. in den nationalistisch dominierten Rathäusern einen - nicht verfassungsgemäßen - »baskischen Personalausweis« anbietet, so ist dies zunächst einmal eine freiwillige Option für alle, die damit ein politisches Bekenntnis abliefern wollen. Angesichts der realen Verhältnisse vor Ort, der kleinen Städtchen, in denen jeder jeden kennt, wird daraus jedoch ein Mittel zur sozialen Isolierung all derer, die ihn nicht beantragen. Dass dies durchaus so beabsichtigt ist, lässt sich leicht mit Äußerungen baskischer Politiker belegen, die z.B. versichern, dass auch nach der Unabhängigkeit die »Nicht-Basken« selbstverständlich weiter in Euskadi leben könnten, aber eben wie die »Deutschen auf Mallorca«, d.h. im Klartext: ohne politische Rechte – und vermutlich nicht ganz so komfortabel. 6 Besonders frappierend ist in diesem Zusammenhang die Haltung der traditionell und ungebrochen nationalistisch eingestellten katholischen Kirche des Baskenlands, die nicht nur diese pseudo-ethnische Segregierung der Gläubigen hinnimmt, sondern auch ihre Ȁquidistanz« zu Opfern und Tätern mit der geistlichen Fürsorgepflicht für alle legitimiert, diese aber de facto vor allem den Tätern und ihren Familien zukommen lässt. Dies führt nicht nur dazu, dass die Kirche von Bizkaia 1999 in einem Hirtenbrief die inhaftierten Etarras um Verzeihung bat, weil man sie »vergessen« hätte, sondern dass selbst auf der Beerdigung eines von der ETA Ermordeten über nötige Hafterleichterungen für ETA-Inhaftierte gepredigt wird.⁷

Dass den Opfern die gesellschaftliche Anerkennung ihres Leidens verweigert wird, ist, neben der stillschweigenden Akzeptanz der Gewalt, wohl der Kern der so-

⁶ Der Bedeutung der Sprache widmet Ezkerra das Schlusskapitel seines Buches, vgl. ebd., S. 183-203; zum mittlerweile vor Gericht ausgetragenen Konflikt um den baskischen Personalausweis vgl. El País, 7.7.2002; und im Internet den Bericht von Estrella Digital, 4.7.2002 (www.estrelladigital.es).

⁷ Ezkerra hat der Rolle der Kirche im baskischen Konflikt ein zweites, zorniges Buch gewidmet, das, sehr viel weniger subtil und elegant als das erste, vielleicht auch die Enttäuschung der »Constitutionalistas« nach den verlorenen Regionalwahlen vom Mai 2001 widerspiegelt, vgl. Iñaki Ezkerra: ETA Pro Nobis. El pecado original de la Iglesia vasca, Madrid 2002; zu den jüngsten Entwicklungen innerhalb des baskischen Klerus auch die Berichte in: El Mundo, 28.2.2002, und El País, 2.6.2002.

zialen Zerklüftung der baskischen Gesellschaft, aber vielleicht auch der Schlüssel zu ihrer Heilung. Dies jedenfalls lassen die Ereignisse seit 1997 hoffen, als sich anlässlich der Entführung eines jungen Stadtrats der spanisch-konservativen Partei erstmals eine in die Millionen gehende Massenbewegung formierte. Überall im Baskenland und in ganz Spanien baten die Menschen öffentlich um das Leben des Entführten – als die ETA ihn dennoch nach Ablauf eines Ultimatums ermordete, war für viele eine Grenze überschritten, ein point of no return erreicht. In seiner Folge entstanden mehrere zivile Initiativen und Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, eben diese Öffentlichkeit gegen die mehr oder weniger heimliche Solidarität mit den Tätern, für die Anerkennung der Opfer und gegen den hegemonialen Nationalismus zu mobilisieren. Das »Foro de Ermua« (benannt nach der Kleinstadt, aus der der ermordete Stadtrat stammte) und das katholische »Foro de El Salvador« (benannt nach dem Aussöhnungsprozess in El Salvador) sind die bekanntesten unter ihnen, zu ihren Gründern (Ermua) bzw. ihrem Umfeld gehört auch Iñaki Ezkerra.

Auf diese neue Situation reagierte man von nationalistischer Seite zunächst mit dem sogenannten Pakt von Lizarra, der den Grundstein legte für eine gemeinsame Politik der nationalistischen Parteien unter Einschluss des politischen Arms der ETA - bei gleichzeitiger, von der ETA einseitig verkündeter »Waffenruhe«. Als diese im Dezember 1999 ebenso einseitig wieder aufgekündigt wurde, setzte das ein, was die ETA zynisch die »Vergemeinschaftung des Leidens« nennt. Seit Beginn des Jahres 2000 hat sie ihr Mordprogramm gegen Vertreter der nicht-nationalistischen Opposition intensiviert: Autobomben und Genickschüsse gegen sozialistische und spanisch-konservative Politiker, Journalisten, Richter, Professoren und Vertreter der neuen Bürgerinitiativen wie z.B. Jose Luis Lopez de Lacalle, Mitbegründer des »Foro de Ermua«, der als Kommunist Jahre in franquistischen Gefängnissen zugebracht hatte. Es trifft Katalanen und Andalusier und ehemalige Politiker wie Juan María láuregui Apalategui, den früheren Zivilgouverneur der Provinz Guipúzcoa, der aufgrund seiner Gefährdung im Ausland lebte und nur zu Besuch in seinen Heimatort kam, wo er am helllichten Tag in einer Bar erschossen wurde. Anderen werden die Autos angezündet, das Geschäft oder das Wohnhaus mit Drohungen beschmiert, mit Brandsätzen angegriffen, und selbst vor internationalen Kunstwerken wie dem »Bemalten Wald« von Agustín Ibarrola machen die jungen Straßenkämpfer nicht halt. Auch Ibarrola war unter Franco inhaftiert, auch er ist Mitglied des »Foro de Ermua«, auch sein abgelegenes Haus in den Bergen wird immer wieder attackiert.8 In der Universität zischen Studenten ihren nur noch mit bodyguards unterrichtenden Professorinnen im Vorbeigehen Drohungen zu und andersdenkende Kommilitonen wagen ihre Solidarität nur noch in anonymen Briefen auszudrücken. Nachbarn bitten die Bedrohten, ihr Auto doch bitte nicht mehr in der Tiefgarage zu parken und Freunde wollen sich nicht mehr gerne zum lunch in der Öffentlichkeit verabreden.9

Die psychischen und sozialen Folgen dieses Zustands, die Angst, die Isolation, aber auch die Absurditäten des Alltags der solcherart als »Feinde« Stigmatisierten beschreibt Ezkerra in seinem Buch: Wie man den Kindern beibringt, in der Schule

79

⁸ Zu den Angriffen auf Ibarrola vgl. den Artikel von Manuel Vázquez Montalbán in: El País, 21,2,2000.

⁹ Vgl. die Fälle der Professorinnen Gotzone Mora und Edurne Uriarte und der Sozialistin Maite Pagazaurtundua, in: El País, 7.7.2002 und 20.2.2002.

nicht zu erzählen, was sie zu Hause hören, wie man am Wochenende lieber nach Asturien fährt, weil die Atmosphäre im nationalistischen baskischen Umland unerträglich ist, so unerträglich, dass manch einer sein selbstgebautes Landhaus wieder verkauft, um die Anonymität der Großstadt zu suchen. Er erzählt von dem Freund, der wie so viele andere, das Baskenland verlassen hat und nun in Madrid endlich wieder lange Spaziergänge genießen kann, von dem Leben unter sporadischem Polizeischutz, das einen so paranoid macht, dass man sich schließlich doch für die direkte Variante der Bewachung durch Leibwächter entscheidet. Wie man sich dann langsam an dieses »Leben zu dritt« gewöhnt, wie man versucht, seinen Kindern zu erklären, warum man immer zwei Freunde dabei hat, und wie die Kundschaft bestimmter Bars in der Altstadt von Bilbao, wo sich die »Verfassungsanhänger« treffen, nachts zur Hälfte aus Leibwächtern besteht. Eine der eindrücklichsten Szenen des Buches spielt vor dem Guggenheim-Museum in Bilbao: Die Vertreter der baskischen Justiz, die dort an einem Essen teilgenommen haben, treten vor die Tür und suchen in der Menge der wartenden Leibwächter die für sie Zuständigen, winken ihnen zu und rufen - wie Kinder, die nach der Schule von ihren Eltern abgeholt werden.

Aber auch die politischen Folgen dieses Zustands beginnen sich abzuzeichnen: Zwei Monate nach der Ermordung eines Richters im November 2001 haben das Baskenland schon zehn seiner Amtskollegen verlassen, die dort eigentlich bis zum Ruhestand hatten bleiben wollen. Mittlerweile lässt sich kaum noch jemand freiwillig ins Baskenland versetzen, was dazu geführt hat, dass die Hälfte der 190 Posten im Justizsystem unterqualifiziert besetzt sind. 10 Noch dramatischer ist die Situation in der Lokalpolitik: Seit 2002 – und wohl mit Blick auf die Kommunalwahlen 2003 – führt die ETA eine gezielte Kampagne gegen oppositionelle Stadträte, die in ihren kleinen Gemeinden besonders unter dem psychischen Druck der täglichen Drohungen leiden. So waren beispielsweise von den ehemals 17 Stadträten in Zumarraga im Januar 2002 nur noch 9 im Amt. Die anderen waren nach der Ermordung eines Kollegen nach und nach zurückgetreten, als letzte traf es eine gemäßigt nationalistische Stadträtin, die ins Visier geriet, weil sie sich um die Witwe des Opfers kümmerte. Was für innere und familiäre Dramen hinter diesen Rücktritten stehen, lässt sich nur erahnen, sicher ist jedoch, dass die von der baskischen Regierung angebotenen Hilfsleistungen – eine neue Wohnung, ein Leibwächter, ein Urlaub, eine Therapie – nicht dazu angetan sind, die Demokratie zu retten, die durch diese Einschüchterungskampagne zumindest auf lokaler Ebene auf dem Spiel steht. 11

»Hau ab oder sei ruhig«: Alltagsmelodie für öffentlich bekennende Nichtnationalisten im Baskenland. Was dort passiert, ist der Versuch eines modernen nationbuilding in politisch korrekter Sprache, der einhergeht mit dem gewalttätigen und sozialen Ausschluss all jener, die nicht dazugehören wollen – so »baskisch« sie auch immer sein mögen. Seit Juli 2002 ist Jaime Larrinaga, Sprecher des »Foro de El Salvador«, der erste Priester, der sein Amt unter Polizeischutz ausüben muss.¹²

P.S.: Wie auch hierzulande berichtet wurde, laufen zur Zeit parlamentarische und gerichtliche Verfahren, durch die der »politische Arm« der ETA (aktueller Name: Batasuna) illegalisiert werden soll. Angesichts der 10 Prozent, die Batasuna bei den

¹⁰ El País, 13.1.2002.

¹¹ Vgl. die Berichte in El País vom 15.1.2002, 2.2.2002, 1.3. 2002, 7.7.2002, 21.7.2002.

¹² El País, 28.7.2002.

letzten Wahlen immer noch auf sich vereinen konnte (nach 17 Prozent im Jahre 1998), und angesichts der tiefen Spaltung der baskischen Gesellschaft erscheint es zumindest fraglich, ob diese Maßnahmen wirklich dazu angetan sind, den baskischen Konflikt zu lösen – oder ob sie nicht viel eher eine neue Spirale dieses Konfliktes in Bewegung setzen.